

Informationen aus dem NÖ Landtag



Landtagssitzung

vom

15. 12. 2011

TOP 1

- [Änderung des NÖ Jugendwohlfahrtsgesetzes](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

LAbg. Edmund Tauchner sieht die Jugendwohlfahrt als wichtige Institution. Jedoch widersprechen oftmals Einwirkungen aus den Medien, vor allem aus vielen Fernsehsendungen, den im Jugendwohlfahrtsgesetz vorgesehenen Bestimmungen für das Umfeld von Jugendlichen. Daher muss auch gegen derartige, verunglimpfende TV-Sendungen eine Front zum Schutze unserer Jungen gebildet werden. Die Einflüsse auf die Entwicklung unserer Jugendlichen verändern sich ständig und dem muss auch das Jugendwohlfahrtsgesetz gerecht werden. Der letzte Bericht der Volksanwaltschaft zeigt auch weitere Missstände auf: Es braucht mehr qualifiziertes Personal, derzeit geschehen viele Irrtümer beispielsweise bei der Obsorge und es kommt immer öfter zu einer unzureichenden Vertretung bei Unterhaltsangelegenheiten. Dies muss sich ändern. Die FPÖ fordert zeitgemäße Voraussetzungen für unsere Jugend sowie die Einführung der gemeinsamen Obsorge, denn Kinder haben seit 2011 auch in der Verfassung ein Recht auf beide Elternteile!

TOP 2

- [Schul- u. Turnsaalneubau der Berufsschule Mistelbach](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

Für LAbg. Ing. Martin Huber ist jeder Neu- und Ausbau einer Schule ein freudiges Ereignis. In der Berufsschule Mistelbach erhalten junge Menschen eine Ausbildung, welche für den Erhalt des NÖ Handwerksstand enorm wichtig ist. Denn, ein gesunder Facharbeiterstand ist für die Zukunft unseres Landes unverzichtbar! Die Finanzierung von öffentlichen Projekten muss transparenter dargestellt werden.

TOP 3

- [Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Lehrgängen für Erwachsene](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

LAbg. Ing. Martin Huber erachtet es als traurig, dass man so viel Geld in derartige Maßnahmen investieren muss, wo doch die ÖVP Niederösterreich immer als „Bildungsmusterland“ hinstellt. Vorweg sollte man die Ausbildung unserer Jungen nach Kräften fördern, um die spätere Nachholung eines Pflichtschulabschlusses von vorneherein zu vermeiden. Es gibt auch viele Beispiele dafür, dass österreichische Kinder durch einen zu hohen Migrantenanteil in den Klassen benachteiligt seien. Damit muss Schluss sein, die Freiheitlichen stehen für Deutsch vor Schule!

TOP 4

- [FPÖ-Antrag: Fischotterschäden](#)

*Abstimmung: Punkt 1: **Einstimmig angenommen**, Punkt 2: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Ablehnung Grüne*

FP-Zusatzantrag „[Volle Abgeltung von Fischotterschäden und Bestandsregulierung](#)“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne

KO Gottfried Waldhäusl erörtert, dass der Druck auf die NÖ Teichwirtschaft und die Fischereigewässer durch die überbordende Population an Fischottern stark ist und stetig zunimmt. Allein im nördlichen Teil unseres Bundeslandes entstand bisher ein Schaden in der Höhe von 1,5 Millionen Euro. Der Fischotter darf grundsätzlich nicht bejagt werden, was auch richtig ist. Jedoch hat der Bestand dieses marderartigen Räubers eine derartige Größe erreicht, dass ganze Fischteiche von Ottern leer gefischt werden. Den Teichwirten wurden diese Schäden früher durch das sogenannte Otterkonto abgegolten, dies muss jetzt auch wieder geschehen. Der ÖVP ist es bisher gleichgültig gewesen, ob die Existenz der Teichwirte bedroht ist oder nicht. Die FPÖ hat daher einen zusätzlichen Antrag eingebracht, der eine vollständige Abgeltung von Fischotterschäden sowie eine vernünftige Bestandsregulierung zum Ziel hat. Für die Freiheitlichen müssen Otterschäden nicht nur größtmöglich, wie es sich die ÖVP vorstellt, sondern voll abgegolten werden!

TOP 5

- [FPÖ-Antrag: Änderung des Flurverfassungs-Landesgesetzes 1975](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

LAbg. Benno Sulzberger meint, dass das Mitbestimmungsrecht der Bürger bei Grundstücks-Zusammenlegungen im Gesetz festgeschrieben werden muss, da diese derzeit bei der Entscheidungsfindung nicht im Geringsten eingebunden sind. Da derartige „Z-Verfahren“ auch noch bis zu 15 Jahre dauern, ist dieser Umstand äußerst problematisch!

TOP 6

- [FPÖ-Antrag: Änderung des NÖ Kanalgesetzes](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

LAbg. Christian Hafenecker merkt an, dass sich die FPÖ schon sehr lange mit dem Kanalgesetz beschäftigt. Mit dem heutigen Antrag der Freiheitlichen wird eine Ungerechtigkeit bei der Kanalgebührenberechnung beseitigt: Eine Neuberechnung von Liegenschaften, bei denen kein Zubau durchgeführt, sondern lediglich ein Vollwärmeschutz angebracht wurde, ist zukünftig nicht mehr möglich. Die FPÖ beharrt aber weiterhin auf ihrer Forderung nach einem Misch-System (je zur Hälfte aus Fläche und Wasserverbrauch), auf diese ist die ÖVP aber nicht eingegangen. Hauptanlass für den freiheitlichen Antrag für eine Änderung des NÖ Kanalgesetzes ist SP-LAbg. Josef Jahrman, der als Bürgermeister von Loosdorf die Gebührenabzocke der Bürger in krassem Ausmaß betrieben hat. Aus freiheitlicher Sicht muss die Abgabengestaltung sozialer und gerechter werden!

KO Gottfried Waldhäusl kritisiert den SP-Landtagsabgeordneten und Bürgermeister von Loosdorf Jahrman: Dieser hatte behauptet, dass die Neuberechnung der Kanalgebühren pro Haushalt nur 3 Euro mehr ausgemacht hätte. Haben die VP- und SP- Bürgermeister das Geld schon so notwendig, dass sie wegen 3 Euro Zivilingenieure zur Neuvermessung aussenden? Jahrman hat in seiner Gemeinde nicht gesetzeskonform gehandelt, sondern wie zahlreiche seiner Kollegen die Bürger abgezockt.

TOP 7

- [FPÖ-Antrag: Generelle Schülerfreifahrt](#)

Abstimmung: **Einstimmig angenommen**

FP-Antrag „[Maßnahmen für mehr Sicherheit bei Schülertransporten](#)“: **Einstimmig angenommen**

KO-Stv. Erich Königsberger freut sich darüber, dass die FPÖ in der heutigen Sitzung der Ideengeber ist. Kinder, die im Rahmen ihres Schulbesuches Internate bewohnen und daher nur zweimal in der Woche öffentliche Verkehrsmittel benutzen, werden durch das derzeitige Familienlastenausgleichsgesetz ungerecht behandelt: Sie kommen nicht in den Genuss der Freifahrt. Die Freiheitlichen sind jedoch der Überzeugung, dass die Freifahrt für alle Schüler und Kinder gelten muss! Königsberger zeigt sich daher erfreut darüber, dass sein diesbezüglicher Antrag heute beschlossen wird. Ein weiterer Missstand ist die unzureichende Sicherung von Kindern in Schülertransporten. Hier muss der Gesetzgeber Rahmenbedingungen schaffen, damit eine Gefährdung unserer Kinder auf dem Weg zur oder von der Schule beseitigt wird! Königsberger bringt daher einen zusätzlichen Antrag ein, der eine dahingehende Gesetzesänderung vorsieht, um die Sicherheit unserer Kinder in Schülertransporten sicherzustellen!

TOP 8

Die folgenden Geschäftsstücke wurden bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung gemeinsam behandelt.

- [Änderung des NÖ Landes- u. Gemeindebezügegesetzes](#)

Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ

FP-Antrag „[Politiker-Nulllohnrunde auch für alle Bürgermeister](#)“: **Abgelehnt**, Zustimmung FPÖ, Ablehnung ÖVP, SPÖ, Grüne

KO Waldhäusl kritisiert, dass von dieser Politiker-Nulllohnrunde Bürgermeister mit Bezügen bis zu 4000 Euro ausgenommen sind. Zahlreiche Landtagsabgeordnete von ÖVP und SPÖ, die zugleich auch Bürgermeister sind, erhöhen mit der Anpassung der Bürgermeisterbezüge ihre Gage. Ein derartiges Vorgehen ist an Scheinheiligkeit und Doppelmoral nicht zu überbieten und für die FPÖ völlig inakzeptabel. Die Freiheitlichen fordern daher eine Politikernulllohnrunde auch für Ortschefs in einem dementsprechenden Antrag. Denn, wofür sollten denn die schwarz-roten Bürgermeister belohnt werden? Dafür, dass eine Gemeinde nach der anderen ein Sanierungsfall wird? In der Privatwirtschaft würde man derartige Pleitiers in hohem Bogen feuern. Noch dazu will die ÖVP auch noch die Bezüge von rund 11 000 Gemeindemandataren per Abänderungsantrag erhöhen, obwohl KO Schneeberger (VP) sich bei der Gehaltserhöhung für die Bürgermeister noch auf das Bundesgesetz hinaus geredet hat. Dies ist Pharisäertum der übelsten Sorte und für die Freiheitlichen vollkommen inakzeptabel!

- [Änderung des NÖ Bezügegesetzes](#)

Abstimmung: **Einstimmig angenommen**

- [Änderung des NÖ Landes- u. Gemeindebezügegesetzes](#)

Abstimmung: **Angenommen**, Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Ablehnung FPÖ

- [Änderung des NÖ Gemeindebezügegesetzes](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Änderung der Dienstpragmatik der Landesbeamten](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Änderung des NÖ Vertragsbedienstetengesetzes](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat im Land Niederösterreich](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Änderung des NÖ Spitalsärztegesetzes](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Änderung der NÖ Gemeindebeamtendienstordnung](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Änderung der NÖ Gemeindebeamtengehaltsordnung](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

- [Änderung des NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

TOP 9

- [Importverbot von Eiern aus Käfighaltung und erweiterte Kennzeichnungspflicht](#)

*Abstimmung: **Einstimmig angenommen***

Für LAbg. Benno Sulzberger kann Ernährungssicherheit auch zu einem großen Teil durch objektive Kennzeichnung von Lebensmitteln sichergestellt werden. Jeder Konsument hat das Recht darauf, über Herkunft der Produkte informiert zu werden!

ENDE